

## Bedrängend

*Kirchenspitzen in Deutschland fordern Maßnahmen gegen drohende Klimaveränderungen*

Der Vorsitzende der EKD, Bischof Martin Kruse, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, haben Ende Oktober eine gemeinsame Erklärung zur Veränderung des Weltklimas abgegeben und politische Gegenmaßnahmen gefordert. Anlaß zu ihrer Stellungnahme war die kurz vorher erfolgte Bekanntgabe des Abschlußberichts der *Enquete-Kommission* des Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“.

Die Erklärung ist ungewöhnlich unter dreierlei Gesichtspunkten: Sie wird von den beiden Vorsitzenden *allein* und nicht von den kirchenleitenden Gremien verantwortet. Dies geschieht bei vergleichbaren Erklärungen selten; es gibt allerdings wenige Beispiele aus früheren Zeiten. So wurde bei einer gemeinsamen Stellungnahme von Kardinal Höffner und Bischof Lohse zur Frage von Nato-Nachrüstung und Abrüstung Anfang der achtziger Jahre gleich verfahren. Noch ungewöhnlicher aber ist, daß zu einem Bericht einer parlamentarischen Enquete-Kommission unmittelbar und *kirchen-offiziell* Stellung genommen wird. Kruse und Lehmann setzen sich für die Umsetzung des Kommissionsergebnisses ein und beschränken sich nicht auf allgemeine Bemerkungen zur Sache. Nicht minder ungewöhnlich aber ist der *drängende Ton*, mit dem Schlußfolgerungen und Vorschläge der Enquete-Kommission, ohne daß die Erklärung ins Detail geht, unterstützt werden. Dies zeigt, daß man sich inzwischen auch an der Spitze der Kirchen bewußt geworden ist, welche verheerende Wirkung die Folgen des Treibhauseffektes und die Zerstörung der Ozonschicht haben können, und daß für gesetzlich-politisch herbeizuführende Gegenmaßnahmen keine

Zeit mehr zu verlieren ist und daß die Kirchen zur nötigen Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung, ohne die einschneidende politische Maßnahmen weder greifen noch möglich sind, nach Kräften beitragen wollen.

Die bischöflichen Vorsitzenden bestätigen dem Deutschen Bundestag, er habe mit der Einsetzung der Enquete-Kommission einen guten Anfang gemacht. Sie loben den Bericht. Alles, was heute wissenschaftlicher Sachverstand zum Verständnis und zur Lösung der durch Treibhauseffekt und Ozonabbau zu erwartenden weltweiten und regionalen Klimaverschlechterung beigetragen werden könne, sei im Enquete-Bericht enthalten. Mit ihm verfügten Bundestag und Bundesregierung über die notwendigen Entscheidungsgrundlagen. Sie müßten nun rasche Schritte beschließen und ihre Verwirklichung durchsetzen. Wirtschaft und Wissenschaft, Kommunen und Verbände, Bürgerinnen und Bürger stünden jetzt vor der Aufgabe, sich den offengelegten Sachverhalten zu stellen, die erforderlichen politischen Schritte einzufordern und in ihrem Bereich tatkräftig zu unterstützen. „Wir wissen genug, um zu handeln. Jetzt kommt es darauf an, daß tatsächlich gehandelt wird und daß es tiefgreifend genug geschieht.“

Übernehmen sich die Bischöfe mit einer solchen Erklärung? Gewiß nicht, jedenfalls wenn man die Gefährdung bedenkt, die von der Übererwärmung der Atmosphäre und dem Ozonabbau in der Stratosphäre für die Lebensbedingungen auf unserem Planeten ausgehen. Zwar bleiben alle *Prognosen* darüber ungewiß, welche Reduktion von Kohlendioxid-Ausstoß oder von Fluorchlorkohlenwasserstoff welche Wirkung auf die Erderwärmung bzw. auf den Ozonhaushalt haben kann. Unklar ist auch, in welchem Ausmaß welche Ursachen welchen Wirkungen zuzuordnen sind. Aber unbestritten ist inzwischen, daß vor allem energiebedingte „Spurengase“ (CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub>, N<sub>2</sub>O, FCKW) zur Überwärmung (Treibhauseffekt) stark beitragen.

Wie schwer aber selbst angesichts der Nord und Süd, Industrie- wie Entwicklungsländer bedrohenden Gefah-

ren *politisch* etwas zu bewegen ist, hat sich gerade auf der *Zweiten Weltklimakonferenz* in Genf Anfang November gezeigt. Das Bewußtsein für das Ausmaß existenzbedrohender Schäden ist selbst in Industrieländern (auch innerhalb der EG) noch sehr unterschiedlich entwickelt. Da beim Menschheitsproblem Klimawandel Schaden effektiv aber nur durch *internationale Abmachungen* abgewendet werden kann – die Enquete-Kommission entwickelt dafür einen Zeitplan bis zum Jahre 2000 und legt bereits einen eigenen „Vorschlag für eine internationale Konvention über Klima und Energie“ zur Verabschiedung auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 vor – hilft der Appell an Regierung und Parlament der eigenen Länder, so wichtig er ist, für sich genommen wenig. Wohl aber wäre es eine moralische Aufgabe der Gesamtkirche und der christlichen Kirchen untereinander, beim notwendigen Umdenkungsprozeß weltweit mitzuhelfen und so auch die dringenden politischen Entscheidungen mitzuerleichtern. Und auch für die Kirchen selbst kann eine weltweit „harte“ Beschäftigung mit dem Zukunftsthema Nr. 1 ihr Gutes haben: Protestantische Schwärmer – auch solche innerhalb des sog. konziliaren Prozesses – kommen so leichter auf den Boden der Tatsachen; und die katholische Seite gewinnt damit ein Thema, mit dem die Rangordnung moralischer Werte und Dringlichkeiten wieder einigermaßen ins Lot käme. *Insofern* war „Seoul“ gar kein schlechter Anfang. se

## Brückenbau

*Fortschritte und Hindernisse im deutsch-polnischen Verhältnis*

9. November 1989: Bundeskanzler Kohl in Warschau – 8. November 1990: Premier Mazowiecki in Frankfurt an der Oder. Dazwischen liegt ein Jahr, das eine ganze Epoche verabschiedet hat. Die politische Teilung Europas ist aufgehoben. Ein einiges

demokratisches Deutschland und ein freies Polen sind am 3. Oktober 1990 zu Nachbarn geworden.

*Brückenbau* heißt das Schlagwort – sind es doch auf fast der gesamten Länge der deutsch-polnischen Grenze Flüsse, die trotz vierzigjähriger sozialistisch genannter Freundschaft getrennt haben und die jetzt verbinden sollen: Deutsche und Polen, den europäischen Westen und den europäischen Osten. Im Herbst 1989 hatte die erste vom Volke mehrheitlich akzeptierte Nachkriegsregierung Polens den unumkehrbaren Umbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen eingeleitet. Premier Mazowiecki plädierte in seiner ersten Regierungserklärung für „eine echte Aussöhnung, die dem Rang der zwischen Deutschen und Franzosen bereits herbeigeführten entspräche“.

Die plötzliche Öffnung der Mauer und der lautlose Zusammenbruch der DDR überraschte aber doch die neuen politischen Entscheidungsträger in Warschau. Natürlich wurde nicht Polen allein von dem atemberaubenden Tempo der deutschen Vereinigung geschockt. Den anderen Nachbarn Deutschlands und den Deutschen selbst erging es ähnlich. Polens neue *außenpolitische Philosophie* wurde jedoch weitaus stärker erschüttert als die Konzepte der Außenministerien in Paris, London oder Washington. Denn sie stand erst am Anfang ihrer Umsetzung in konkrete politische Schritte. Der Ballast vierzigjähriger künstlich geschaffener und aufrechterhaltener Freundschaften und Feindschaften wog schwer. Und auch die neuen Politiker waren nicht frei von Zweifeln. Sie bewegten sich in einem Umfeld von Stereotypen und zementierten Erfahrungsschätzen, die es ihnen bisweilen erschwerten, die eigenen Vorstellungen in konsequente außenpolitische Initiativen zu operationalisieren. Dabei machten es ihnen die Repräsentanten des *ancien régime* (seien sie nun Parteilose, Sozialdemokraten oder „wiedergeborene“ Bauernpolitiker), die Nationalisten mit unterschiedlicher, vorzugsweise christlicher Etikettierung und konservative Kirchenkreise schwer.

Unbestritten wurde in der polnischen Deutschlandpolitik seit Herbst 1989 *der gute Wille zu einem Neubeginn* deutlich sichtbar. Die von Kohl und Mazowiecki am 14. November 1989 unterschriebene 78-Punkte-Erklärung war ein historisch präzedenzloses gegenseitiges Angebot wirklich gelebter Nachbarschaft und Partnerschaft.

Für einige Irritationen sorgten jedoch bestimmte außenpolitische Überlegungen und Initiativen der polnischen Regierung in der ersten Jahreshälfte. Bis zu den Pariser 2+4-Gesprächen unter Beteiligung Polens am 17. Juli 1990 schien es so, als ob die polnische Diplomatie ihrer eigenen neuen Philosophie nicht genügend Glauben schenkte und Interessensicherung über Deutschland hinweg, nicht mit Deutschland suchte. Um so größer war die Erleichterung gewesen, daß Außenminister Skubiszewski bereits im Februar 1990 eine neue „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“ in Europa beschworen hatte und es sich im Laufe dieses Jahres herausstellte, daß dieses Schlagwort für die gegenwärtige Equipe unter Premier Mazowiecki schließlich mehr galt als der nostalgische Rückblick auf polnisch-französische oder polnisch-britische Allianzen oder mitteleuropäische Blöcke (Polen–Tschechoslowakei).

Das Zögern des Bundeskanzlers in der Frage, welche staatliche Autorität berechtigt sei, die Endgültigkeit der bestehenden deutsch-polnischen Grenze anzuerkennen, tat das Seine, um neue Zweifel aufkommen zu lassen. Man hätte es in Polen als kurzfristige innenpolitisch bedingte Taktik erkennen können, die nichts an der Bereitschaft der deutschen Politiker in Frage stellte, diese Grenze an Oder und Neiße so zu respektieren, wie sie seit 45 Jahren besteht. Dennoch: Das Lavieren half niemandem.

Daß die Bonner und die Warschauer Politiker die historische Lektion gelernt haben, bewiesen sie jedoch zuletzt bei ihrem Treffen in Frankfurt an der Oder. Die Ankündigung der bevorstehenden *Visafreiheit* für polnische Bürger ist ein Schritt nach vorne, der in seiner politischen und psychologisch entblockierenden Dimension gar

nicht überschätzt werden kann. Er öffnet Polen das Tor nach Westeuropa – über Deutschland. Die Bereitschaft der Bundesregierung, den *Grenzvertrag* noch vor der Paraphierung des großen Nachbarschafts- und Partnerschaftsvertrags zu unterzeichnen, bedeutet einen politischen Erfolg für den amtierenden Premier und Präsidentschaftskandidaten Mazowiecki, sie stellte den politischen Zusammenhang mit dem großen Vertrag nicht in Frage, da beide Verträge parlamentarisch gleichzeitig behandelt werden, und schließlich konnte die Bundesregierung auf der KSZE-Gipfelkonferenz am 19. November in Paris den Vollzug der Verpflichtung melden, die damals noch die beiden deutschen Staaten eingegangen waren, nämlich sobald wie möglich nach der Vereinigung Deutschlands einen Grenzvertrag mit Polen abzuschließen.

Angesichts der zahlreichen symbolischen und zugleich praktischen Schritte in Richtung deutsch-polnische Verständigung erstaunt es, wie schweigsam und zurückhaltend sich die Institution verhält, die vor nunmehr 25 Jahren den deutsch-polnischen Beziehungen eine neue Wendung gegeben hatte. Im November 1965 reichten sich *die polnischen und deutschen Bischöfe* die Hände zur gegenseitigen Vergebung. Haben sie angesichts der völlig neuen Herausforderungen und Chancen nach der Überwindung der Teilung Europas, mit dem Einzug der Freiheit in Polen und in ganz Deutschland den Katholiken im eigenen Land und im Nachbarland nichts mehr zu sagen?

Zwar trafen sich vom 20. bis 22. November anlässlich des 25. Jahrestages des Briefwechsels die deutschen und polnischen Bischöfe in Gnesen. Aber eine problem- und zukunftsorientierte Erklärung, die von den deutschen Bischöfen in der ersten Jahreshälfte vorgeschlagen worden war, haben die polnischen Bischöfe abgelehnt. Ist es jetzt die katholische Kirche Polens, die – vor 25 Jahren richtete sich ein ähnlicher Vorwurf an den deutschen Episkopat – eine Chance zur Überwindung von geistiger Enge und Verzagt-heit verpaßt?